

Höping, Hubert

Article — Digitized Version
Teure Gemeinschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Höping, Hubert (1975) : Teure Gemeinschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 10, pp. 486-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134866>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hubert Höping

Teure Gemeinschaft

Wieder einmal befinden sich die EG, insbesondere ihr Agrarmarkt in einem jener Tiefs, wie sie nach Höhepunkten wie den Gipfeltreffen in Den Haag 1969 und in Paris 1972 mit ihren Visionen und Absichtserklärungen zu Wirtschafts- und Währungsunion, Regionalem Entwicklungsfonds, EG-Sozialfonds usw. offensichtlich unvermeidlich sind. Dieses Mal handelt es sich wie so oft um das liebe Geld, und wie bei der Energiekrise bekommt man wiederum den Eindruck, daß es sich bei der EG lediglich um eine Schönwettergemeinschaft handelt.

Um was geht es nun bei dem, was die Financial Times „Storm in the wrong tea cup“ nennt? Die EG-Kommission hatte ursprünglich einen Haushaltsentwurf für 1976 vorgelegt, der eine Steigerung gegenüber 1975 um rd. 29 % auf 29 Mrd. DM (etwa 8 Mrd. RE) vorsah. Bundeskanzler Schmidt, der von einer „enormen Fehlleitung von Ressourcen“ sprach, stand mit seiner Kritik im Kreise der anderen Regierungschefs keineswegs allein. Allgemein wurde der Budgetvorschlag als überhöht angesehen.

Der deutsche Vorschlag, 3,3 Mrd. DM zu streichen, ging zwar nicht durch, doch fielen dem Rotstift 2,14 Mrd. DM zum Opfer. Weitere Einsparungen im Bereich der Agrarpolitik in Höhe von 1,4 Mrd. DM konnte Bonn jedoch nicht durchsetzen – zum Ärger des Bundeskanzlers, der das ganze System mit seinen Überschüssen, die dann zu Schleuderpreisen verramscht werden, zu Recht als „schwachsinnig“ empfindet.

Der Ärger mit dem gemeinsamen Agrarmarkt ist jedoch seit 1962, als die Regelungen für den europäischen Agrarsektor in Kraft traten, vorprogrammiert. Die Steuerzahler kommen zunächst für hohe Garantiepreise von Agrarprodukten auf. Die dadurch ausgelöste Überproduktion muß dann auf Kosten der Steuerzahler eingelagert werden, die dann auch noch dafür zahlen dürfen, daß diese Überschüsse zu lächerlichen Preisen, z. B. in die Sowjetunion, exportiert werden – eine unheilvolle Folge davon, daß sich im System der europäischen Landwirtschaft Planwirtschaft und freier Markt vermengen. Denn trotz der Garantie fester Preise erfolgt keinerlei Koordinierung der Anbaupläne, die geeignet wäre, die Überproduktion zu stoppen.

Die Verteidiger des gemeinsamen Agrarmarktes ihrerseits betonen die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bei unsicheren Weltmärkten. Zudem wären unerwünschte Überschüsse keine Erfindung der EG. Gegenwärtig gäbe es in der ganzen Welt einen Rinderberg, der aber bald wieder einer Knappheit weichen könne, und jahrelang habe die US-Regierung die Erzeugung von viel zu hohen Weizenüberschüssen ermutigt. Nach dieser Ansicht würde es also, unabhängig von einem gemeinsamen Agrarmarkt, so oder so bei den „Neun“ Nahrungsmittelbergen. Außerdem zeigten die Entwicklungen z. B. bei Getreide und Zucker, wie schnell sich die Verhältnisse auf den Weltmärkten ändern könnten. Und wenn es

keinen gemeinsamen Agrarmarkt mit seinem Subventionssystem mehr gäbe, müßten die einzelnen Staaten die Defizite über den eigenen Haushalt ausgleichen.

Dies dürfte auch einer der Hauptgründe für die Einheitsfront gegen die deutsche Haltung sein. Die übrigen EG-Regierungen betrachten Bonns Spartrüge als einen Versuch, eine Reform der bisherigen Agrarpolitik über die Haushaltspolitik zu erzwingen. Eine Reform kann aber nur über politische Beschlüsse erreicht werden, da Streichungen beim Agrarfonds einen Eingriff in bestehende Rechtsverpflichtungen darstellen und eine vorherige Änderung der Marktordnungen erfordern. Mit Sicherheit haben die Bonner Politiker diese Reaktion vorher einkalkuliert, wollten aber Signale setzen, die auf die Notwendigkeit baldiger Reformen hinweisen. Ironischerweise haben sie aber zunächst erreicht, daß der Anteil der dem Agrarfonds zufließenden Mittel am Gesamtbudget sich zum Nachteil z. B. von Regionalfonds und Sozialfonds erhöhte.

Die Debatte endete mit einem einstimmig angenommenen luxemburgischen Kompromißvorschlag, der bis zur endgültigen Budgetverabschiedung im Dezember eine Überprüfung von möglichen zusätzlichen Einsparungen und Verbesserungen der Gemeinschaftspolitiken vorsieht. Die Ausgabenpolitik der Kommission soll zudem in Zukunft stärker kontrolliert werden. Ob dies nun nach Wilsons Intentionen durch einen Rechnungsprüfungsausschuß oder nach Schmidts Vorstellungen durch einen Sparkommissar geschieht, bleibt abzuwarten.

Eines steht jedoch fest: Eine grundsätzliche Opposition gegen jede Erhöhung des EG-Haushaltes würde als statisches Konzept einen weiteren Fortschritt der Gemeinschaft verhindern, und das gerade in den Sektoren, die schon jetzt betroffen werden und die letztlich ihren eigentlichen Sinn ausmachen.